

Conti: Italienischer Sieg

Mit allen erdenklichen Tricks kämpfte Conti-Chef Horst Urban gegen einen Zusammenschluß seines Reifenkonzerns mit der italienischen Pirelli. Am Ende hatte Urban

sich selbst ausgetrickst. Vergangenen Donnerstag feierte der Aufsichtsrat den Conti-Chef. Der Nachfolger hat nun den Auftrag, mit den Italienern zu verhandeln.

Zwei Stunden mußte Horst Urban, 54, draußen vor der Tür warten. Drinnen, im Sitzungssaal des Preussag-Konzerns in Hannover, tagten die Aufsichtsräte der Continental AG ohne den Chef-Manager.

Dann, endlich, ließ der Aufsichtsratsvorsitzende Ulrich Weiss, 54, bitten. Der Ober-Aufseher kam schnell zur Sache. Der Aufsichtsrat, erklärte Weiss, habe sich für einen Wechsel an der Conti-Spitze entschieden. Er, Urban, habe nicht mehr das Vertrauen des Aufsichtsrates.

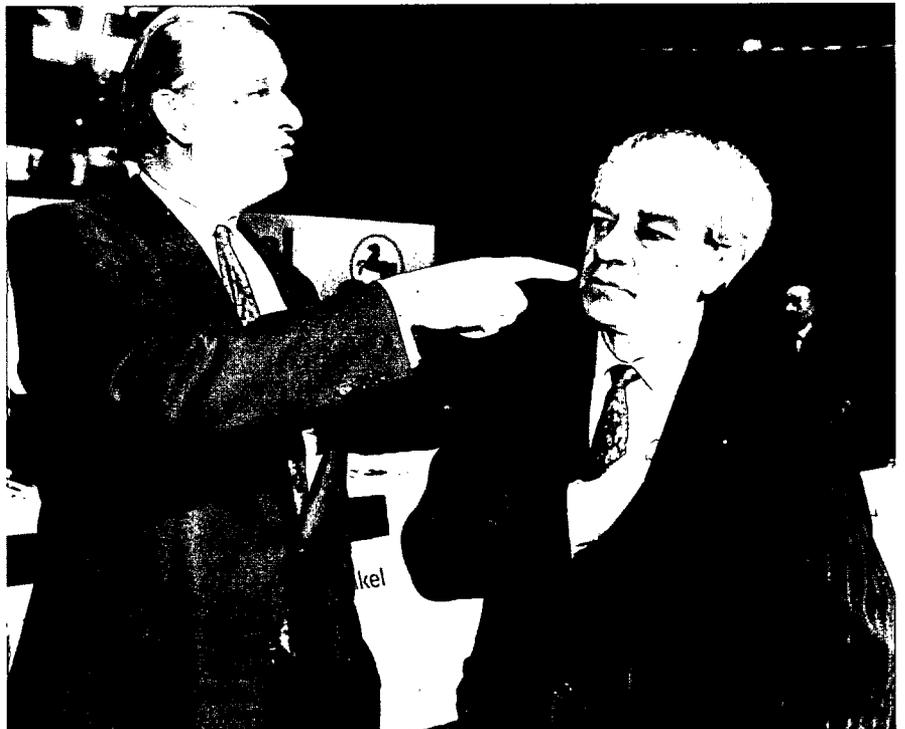
Mit diesem Bescheid hatte Urban nicht gerechnet. Der Beschluß, so erwiderte er, sei ihm unverständlich, er habe doch alle Weisungen des Aufsichtsrats akzeptiert.

Es half nichts, die Räte blieben bei ihrer Entscheidung. Selbst die Arbeitnehmer, die Urban in der einjährigen Abwehrschlacht gegen den italienischen Konkurrenten Pirelli bisher gestützt hatten, ließen den Chef fallen.

Der Vorgang ist mehr als ungewöhnlich. Daß ein Vorstandschef in Deutschland, wo die Spitzenmanager sich untereinander ein Höchstmaß an Schonung angedeihen lassen, schlicht rausgeworfen wird, passiert schon höchst selten. Und noch ungewöhnlicher ist, daß ein Aufsichtsrat als Kollektiv den Rauschmiß verabredet.

Urbans Entlassung ist der jüngste Höhepunkt in dem seit Monaten betriebenen Poker um Conti. Die italienische Reifengruppe Pirelli, die mittlerweile rund 35 Prozent der Conti-Aktien besitzt, drängt auf eine Zusammenlegung der beiden Konzerne. Überkapazitäten und ruinöse Preiskämpfe machen den Reifenherstellern weltweit zu schaffen.

Die Lage hat sich schlimm zuspitzt. Sogar Weltmarktführer Michelin (23 Prozent Anteil) fuhr im vergangenen Jahr einen Verlust von 1,5 Milliarden Mark ein. Die französische Firma, wie auch alle anderen Konzerne, muß Personal abbauen und Werke schließen.



Conti-Aufsichtsrat Weiss, Manager Urban: Auf das Stichwort gewartet

Gemeinsam, so hatten die Italiener argumentiert, könnten Conti und Pirelli die miese Situation besser meistern. Doch Horst Urban focht von Anfang an mit allen Mitteln gegen die Fusion. Er wußte: In der Gemeinschaftsfirma wäre er nicht Chef geworden.

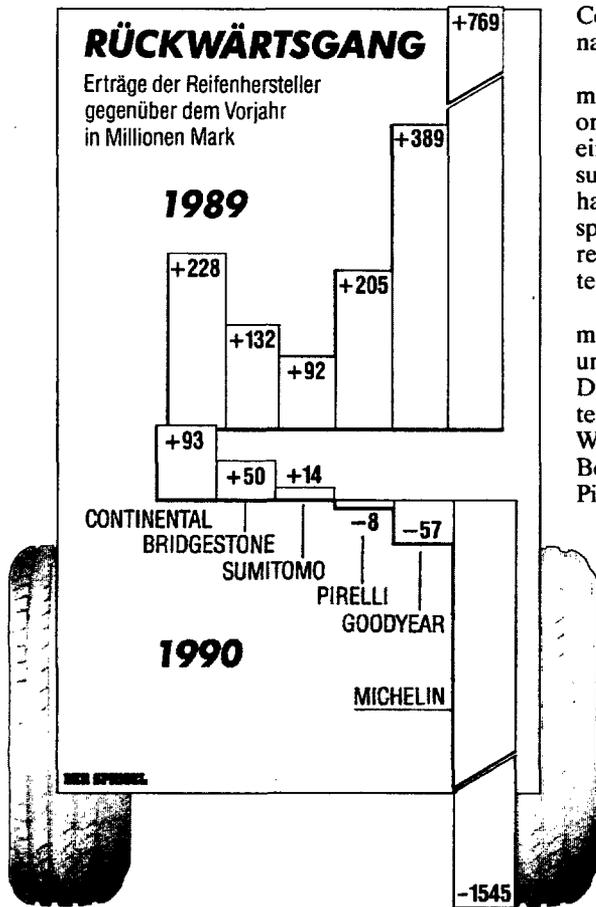
Ganz anders sah die Sache anfangs der Aufsichtsratsvorsitzende Weiss, im Hauptberuf Vorstandsmitglied der Deutschen Bank. Weiss hatte in seinem Frankfurter Büro den Mailänder Industriellen Leopoldo Pirelli, 65, empfangen und sich angetan von dessen Plänen mit Conti gezeigt.

Sein Vorstandskollege John Craven von der britischen Deutsche-Bank-Tochter Morgan Grenfell war dagegen von Anfang an auf Contra-Kurs. Urban hatte die Investment-Bank angeheuert, sie sollte ihm bei der Abwehr der Pirellis beraten.

Craven leistete gute Arbeit. Er überredete BMW, VW, Mercedes sowie einige andere Firmen, sich einen Contianteil von rund 25 Prozent zuzulegen. Der Abwehrblock sollte verhindern, daß die italienische Investorengruppe um Pirelli sich die Mehrheit in Hannover verschaffen konnte.

Bald war auch Weiss nicht mehr auf Italien-Kurs. Die negative Reaktion in der deutschen Industrie auf den Pirellivorschlag hatte den wendigen Bankier anderen Sinnes werden lassen. Auf Hauptversammlungen und in den Aufsichtsratssitzungen demonstrierte der Bankier Einigkeit mit Urban.

Der stellte unterdes Conti in rosarotem Licht dar, um so zu demonstrieren, daß eine Fusion unnötig sei. Stets kam der deutsche Reifenkonzern besser weg als die Mitbewerber. Der Konzern, warb Urban, sei für einen Alleingang



bestens gerüstet. Ohnehin gehe es auf dem Reifenmarkt bald wieder aufwärts.

Es kam anders. Gewaltige Produktionseinbrüche in der amerikanischen und europäischen Automobilindustrie ließen das Erstausrüstungsgeschäft mit Reifen dramatisch zusammenfallen.

Urban, der seine kriselnde amerikanische Reifenfirma General Tire in diesem Jahr wieder in Gewinnzonen bringen wollte, mußte seinen Räten nun schlechte Nachrichten aus den USA überbringen. General Tire, räumte Urban in einer Aufsichtsratsitzung ein, werde in Kanada und wohl auch anderswo Werke schließen müssen.

Alarmiert von den Horrorzahlen, entschloß sich Weiss, nun selbst zu handeln. Zusammen mit seinem Aufsichtsratskollegen Günther Saßmannshausen, 60, pensionierter Preussag-Chef, flog er nach Mailand. In der Stadtwohnung von Leopoldo Pirelli überlegten die beiden Conti-Unterhändler mit dem italienischen Reifenkönig, wie die gegenseitigen Verstimmungen ausgeräumt werden könnten.

An denen allerdings waren die Pirellis kräftig beteiligt. Sie hatten bei ihrem Vorstoß in Hannover reichlich ungeschickt taktiert. Nahezu unannehmbare Übernahmbedingungen machten Urban damals die Ablehnung der Fusion leicht. Die Deutschen sollten sich bedingungslos unterwerfen und Pirelli den

Coup auch noch mit Krediten finanzieren.

Im vergangenen März unternahm die Italiener auf einer außerordentlichen Hauptversammlung einen neuen Annäherungsversuch. Pirellis Deutschland-Stathalter Gert Silber-Bonz bot Gespräche in „friedlicher Atmosphäre“. Urban war weiterhin nicht interessiert.

In Mailand, ohne Urban, kamen sich die beiden Deutschen und der alte Pirelli schnell näher. Der Italiener, Sprecher der größten Conti-Aktionärsgruppe, stellte Weiss und Saßmannshausen zwei Bedingungen. Zunächst meldete Pirelli seinen Anspruch auf zwei Aufsichtsratsmandate an. Die zweite Bedingung war mehr klimatischer Art: Mit Urban und dessen Finanzchef Ingolf Knaup wolle er nicht reden.

Zurück aus Mailand, bereitete Weiss mit seinen Aufsichtsräten den nächsten Kurswechsel der Deutschen Bank in Sachen Conti vor.

In der Aufsichtsratsitzung am Freitag vorvergangener Woche berichtete er seinen Ratskollegen von dem Mailand-Besuch. Er habe, so

Weiss, den Pirellis keine Zusagen gemacht. Aber er, wie sein Reisegefährte Saßmannshausen, plädierte nunmehr für ernsthafte Verhandlungen mit Pirelli. Im Namen des gesamten Aufsichtsrats erhielt Urban die Weisung, sofort mit Pirelli zu verhandeln, und zwar ohne Vorbedingungen.

Urban war verärgert. Wenn er nicht mehr das Vertrauen des Aufsichtsrates habe, meinte er unter vier Augen zu Weiss, könne er seinen Posten ja freimachen.

Auf dieses Stichwort hatte der Aufsichtsratsvorsitzende gewartet. Über die Rücktrittsdrohung, meinte Weiss prompt, solle der Aufsichtsrat später sprechen. Er lud das Gremium für die Sondersitzung am Himmelfahrtstag ein.

Wenig später reute Urban sein vorschnelles Angebot. Er bedrängte seine sieben Vorstandskollegen, einen Brief an Weiss zu schreiben. Der abgesprochene Inhalt: In einer so schwierigen Phase sollte an der Konzernspitze tunlichst kein Wechsel stattfinden.

Der Brief ging raus, doch kurz darauf meldeten sich drei der Brieffschreiber beim Adressaten. Sie seien, so die verschämte Mitteilung der Rückversicherer, zu der Aussage gedrängt worden.

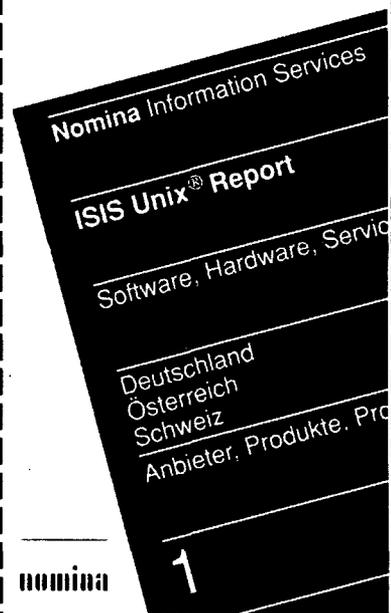
Wenn es denn für Urban nach der regulären Aufsichtsratsitzung von Anfang Mai noch eine winzige Überlebenschance im Amt gegeben haben sollte, dann

Schneller zur richtigen Software.

PC-Software ? → ISIS PC Report mit über 4.200 PC-Programmen.

UNIX-Software ? → ISIS Unix Report mit über 3.000 UNIX-Programmen.

"Mainframe"-Software ? → ISIS Software Report mit rund 4.700 Programmen für mittlere und große Computer-Systeme.



Ja, wir bestellen den aktuellen

- ISIS PC Report zu DM 123,05
 - ISIS Unix Report zu DM 176,55
 - ISIS Software Report zu DM 337,05
- Preise incl. 7% MwSt. zuzügl. Versandkosten.
- Informieren Sie uns doch erst einmal noch genauer über die Software in den ISIS Reports, dann sehen wir weiter.

Unsere Anschrift: SP 20

An: Nomina GmbH, Hansastrasse 28
D-8000 München 21
Tel. 089/ 5 78 31-0, Fax 089/ 5 78 31-111

Anfordern!

„Der Bundesrepublik droht Schaden“

Eine Bonner Studie zeichnet ein tiefschwarzes Bild der wirtschaftlichen Zukunft

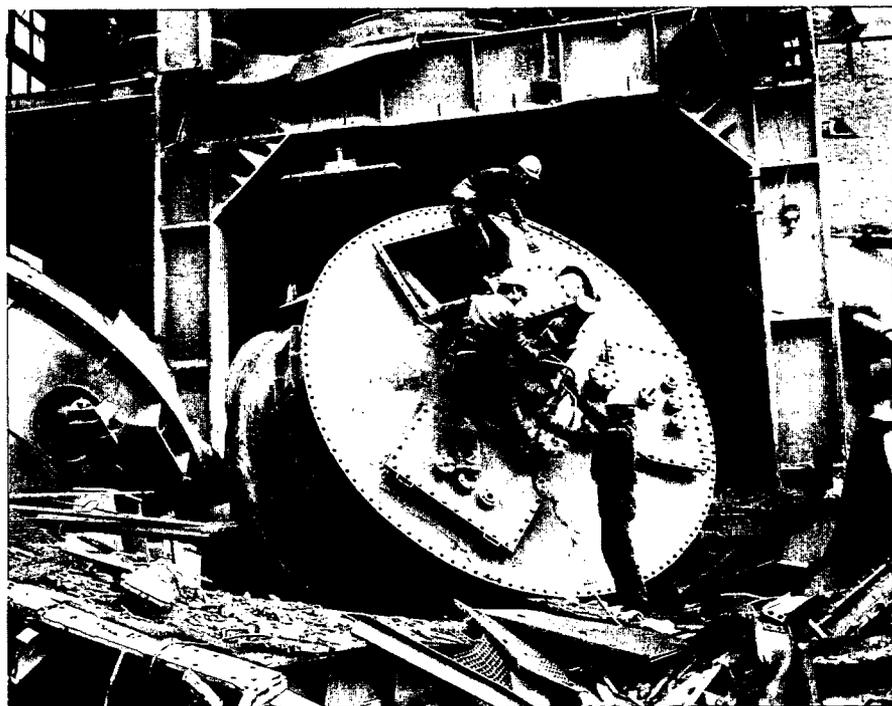
Die Wirtschaft im Osten Deutschlands befindet sich in einer „extrem besorgniserregenden Situation“. Es besteht die Gefahr, daß „die Bundesrepublik insgesamt in eine Abwärtsspirale gezogen wird“. Zu diesen Einschätzungen kommt die Unternehmens-Beratungsfirma McKinsey in einem vertraulichen Bericht für die Bundesregierung. Auszüge aus der 35-Seiten-Studie:

Daß in den neuen Bundesländern mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahl von rund 9 1/4 Millionen zu rechnen ist, gilt inzwischen als gesicherte Erkenntnis. Der Umbruch von der sozialistischen Mißwirtschaft zu einer funktionierenden Marktwirtschaft reißt tiefere Wunden als jeder andere bisher bekannte Strukturwandel innerhalb eines Wirtschaftssystems. Das krisenhafte Ungleichgewicht zwischen den alten und den neuen Bundesländern droht sich noch weiter zu verschärfen.

Durch das notwendige Primat der Politik bei der Wiedervereinigung waren von vornherein die Möglichkeiten für eine kontrollierte wirtschaftliche Zusammenführung extrem begrenzt. Eine stufenweise Einführung der Währungsunion bei teilweiser Abschirmung der Wirtschaftsgebiete war politisch nicht durchsetzbar. Der schlagartige Wegfall der bisherigen Abschirmung brachte für den ostdeutschen Wirtschaftsraum einen dreifachen Einbruch:

- ▷ Die interne Nachfrage nach einheimischen Waren (gut 80 Prozent des Gesamtumsatzes von verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe) ist nach dem Wegfall der Protektion für einheimische Produzenten 1990 zusammengebrochen.
- ▷ Der Export in den RGW-Raum (gut zehn Prozent des gesamten Warenumsatzes) vollzieht sich nicht mehr mit der Umrechnungswährung Transfer-Rubel.
- ▷ Die Exporte in westliche Länder, einschließlich der Lieferungen in die alte Bundesrepublik (rund fünf Prozent des Gesamtumsatzes), werden durch die Währungsunion bis auf das Vierfache verteuert. Waren, die bisher im Niedrigpreissegment erfolgreich waren, sind nun dem vollen wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerb ausgesetzt.

Die Entwicklung verlangt nach einem neuen konzeptionellen Ansatz und erfordert unverzügliches, entschlossenes Handeln. Denn: Die heute schon extrem besorgniserregende Situation wird



Industrieabbruch in Schkopau: 2000 Milliarden Mark Investitionsbedarf?

sich noch weiter verschärfen. Es besteht die Gefahr, daß über die Probleme der neuen Bundesländer hinaus die Bundesrepublik insgesamt in eine Abwärtsspirale gezogen wird.

Es ist absehbar, daß im Jahr 1991 sowohl die Exporte in RGW-Länder als auch die Lieferungen in die alten Bundesländer deutlich zurückgehen. Gleichzeitig wird die Inlandsnachfrage im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1990 noch weiter sinken.

Die Privatisierung von Unternehmen durch die Treuhandanstalt bleibt weit hinter den (überzogenen) Erwartungen zurück. Zwar ist die absolute Zahl der bereits privatisierten Unternehmen mit rund 1000 recht eindrucksvoll. Zudem sind mit diesen Transaktionen Investitionszusagen in Höhe von rund 50 Milliarden Mark verbunden.

Dennoch wurden in den letzten sechs Monaten insgesamt nur rund 350 000 Arbeitsplätze „privatisiert“, von denen noch ein beträchtlicher Teil nach der Privatisierung abgebaut werden dürfte. Aufgrund der geringen Attraktivität der verbleibenden Unternehmen ist damit zu rechnen, daß die Treuhandanstalt den überwiegenden Teil nicht veräußern kann.

In den letzten zwölf Monaten sind durch Neuansiedlung von in der Regel westdeutschen Unternehmen bis zu

100 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Es ist kaum damit zu rechnen, daß in den nächsten zwölf Monaten wesentlich höhere Zahlen erreicht werden.

Die Möglichkeit der Ansiedlung ausländischer Unternehmen wird generell überschätzt: So haben in Nordrhein-Westfalen, trotz erheblicher Akquisitionsbemühungen, ausländische Investoren in den letzten zehn Jahren lediglich 2000 bis 3000 Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen.

Die Neugründungen durch Bürger der neuen Bundesländer haben bisher zur Entspannung des Arbeitsmarktes nur wenig beitragen können. Für das Jahr 1990 ist von maximal 100 000 Neugründungen, mit bestenfalls 200 000 bis 300 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, auszugehen. Die Überlebensquote dieser Neugründungen dürfte in der Tendenz unter der in den alten Bundesländern liegen (wo weniger als die Hälfte aller Neugründungen länger als fünf Jahre Bestand haben).

Der gegenwärtige Klimaumschwung könnte die westliche Investitionsbereitschaft beeinträchtigen. Erst jetzt wird der Bevölkerung in den neuen Bundesländern bewußt, mit welchen Schwierigkeiten und persönlichen Belastungen der wirtschaftliche Umbruch verbunden ist. Auch wenn es gelingt, die schlimmsten denkbaren politischen Entwicklun-

gen (Aufruhr, Blockaden, Unternehmensbesetzungen) zu verhindern, so bleibt zumindest in den nächsten ein bis zwei Jahren eine deutliche Klimabelastung, die potentielle Investoren verunsichert und zum Teil sogar fernhält.

Die aufgeführten Probleme betreffen nicht nur die neuen Bundesländer: Durch die Entwicklungen dort droht der Bundesrepublik insgesamt Schaden, sowohl im Innen- als auch im Außenverhältnis.

Innerhalb der Bundesrepublik droht die Belastung der öffentlichen Haushalte und der Unternehmen das tragbare Maß zu überschreiten – wenn nicht in bisher unvorstellbarem Umfang Einsparungsmöglichkeiten in anderen Bereichen (zum Beispiel Subventionen) konsequent genutzt werden.

Die bis zum Jahr 2000 zu finanzierenden Investitionen (Staat und Wirtschaft) werden auf 1500 bis 2000 Milliarden Mark geschätzt. Die Gefahr besteht, daß bei diesen Größenordnungen der ebenfalls erhebliche Bedarf an Investitionen in den alten Bundesländern vernachlässigt wird.

Subventionen für nicht benötigte Kapazitäten in den neuen Ländern können Strukturverzerrungen verursachen, die erhebliche negative Auswirkungen auf westdeutsche (und andere europäische) Unternehmen mit sich bringen. Leistungsfähigere Wettbewerber können aus dem Markt gedrängt werden.

Im Außenverhältnis gehen von den staatlichen Eingriffen sowie von einer übermäßigen Konzentration auf innerdeutsche Belange erhebliche Risiken aus. Die alten Bundesländer sind derzeit immer noch ein attraktiver Wirtschaftsstandort, obwohl sie im Urteil von Investoren in den letzten zehn Jahren ihren Vorsprung vor der europäischen Konkurrenz verloren haben. Es ist zu befürchten, daß sich besonders durch steuerliche Maßnahmen (Ertragssteuerzulage, Investitionsabgaben, Aufschub von Entlastungen) die relative Position des Wirtschaftsstandorts weiter verschlechtert.

Unternehmen, die sich intensiv um Möglichkeiten in Ostdeutschland bemühen, können Gefahr laufen, den globalen Wettbewerb zu vernachlässigen. Noch gefährlicher ist die Konzentration der Kräfte auf innerdeutsche Belange für politische Institutionen. Wirtschaft und Politik können sich derartige Innenbezogenheit gerade zu einer Zeit der Globalisierung und der Öffnung innerhalb Europas nur begrenzt leisten.

Das aus unserer Sicht größte Risiko für Gesamtdeutschland besteht darin, daß die soziale Marktwirtschaft durch wenig differenzierte Eingriffe des Staates an Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit verliert. Die Wirtschaftspolitik des Landes steht vor der größten Bewährungsprobe seit den Aufbaujahren.

verspielte er sie selber. Er verbreitete, das Unternehmen werde Gespräche über eine lockere Zusammenarbeit führen. Das hörte sich viel harmloser an als die tatsächliche Weisung.

Weiss war das nun endgültig zuviel. Der Aufsichtsratsvorsitzende sah in der verharmlosenden Mitteilung den Versuch, eine weitergehende Fusion zu unterlaufen. Er habe doch den Auftrag erhalten, stellte Weiss in der Sitzung an Christi Himmelfahrt Urban zur Rede, ohne Vorbedingungen zu verhandeln.

Die Rechtfertigung von Urban ließ Weiss nicht mehr gelten, der Nachfolger stand bereits fest. Das für Controlling und Logistik zuständige Vorstandsmitglied Wilhelm Winterstein, 60, wird die Conti-Führung übernehmen.

Doch das ist nur eine vorübergehende Lösung. Der neue Mann soll von draußen kommen.

Nachdem Weiss' Wunschkandidat Helmut Werner, 54, vormals Conti-Chef und heute bei Daimler-Benz, abgewunken hat, will Weiss sich Zeit lassen: Den neuen Chef werden Deutsche und Italiener wohl nach erfolgreich verlaufenen Fusionsgesprächen gemeinsam ausgucken.

— Pflegeversicherung —

Kardinaler Fehler

Der Streit um eine gesetzliche Pflegeversicherung spitzt sich zu. Sozialminister Blüm hat Schwierigkeiten in der eigenen Partei.

Norbert Blüm gerät richtig in Schwärmen, wenn er aufzählt, wer alles zu ihm steht: Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Landesregierungen, CSU und SPD. Eine derart breite Unterstützung aus Gesellschaft und Parteien habe er in seinem ganzen politischen Leben noch nicht erfahren.

Nur eine Kleinigkeit stört das Bild überwältigender Harmonie: Bisher ist es Norbert Blüm nicht gelungen, seine eigene Partei zu gewinnen.

Zusammen mit Arbeitgebern und dem kleinen Koalitionspartner FDP sträuben sich Wirtschaftsflügel und Mittelstand der CDU gegen eine fünfte gesetzliche Sozialversicherung. Neben Arbeitslosigkeit, Alter, Unfall und Krankheit soll auch, so wollen es Blüm und seine Ver-



Sozialminister Blüm
„Das Ding gewinne ich“

bündeten, die Pflegebedürftigkeit solidarisch aufgefangen werden.

In den Koalitionsverhandlungen Anfang des Jahres waren FDP, CDU und CSU übereingekommen, daß die zunehmende Zahl von Pflegefällen nicht mehr wie bisher vornehmlich von der Sozialhilfe finanziert werden könnte. Doch wie dies geändert werden soll, wurde nicht entschieden. Die FDP will das Pflegerisiko über ein privates Versicherungssystem auffangen; Blüm will eine neue Abteilung der gesetzlichen Krankenversicherung für die Pflegefälle schaffen.

FDP-Sozialpolitiker Dieter-Julius Cronenberg angesichts des von Woche zu Woche lauter werdenden Streits: „Das Aufschieben war ein kardinaler Fehler.“

Vorletzte Woche reichte Blüm einer vom CDU-Bundesvorstand eingesetzten „Kommission zur Erarbeitung eines Pflegeversicherungskonzepts“ seine Vorstellungen schriftlich ein. Seither hat der Minister eine Menge Ärger.

Blüm will alle Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung – das sind 90

TEURE PFLEGE

Beiträge zur Pflegeversicherung in privaten Krankenversicherungen

Familienstand	Eintrittsalter	Monatsbeitrag in Mark
 alleinstehend	30	25
	45	50
	60	100
 verheiratet ohne Kinder	30	50
	45	100
	60	200
 verheiratet zwei Kinder	30	80
	45	130
	60	230